Vorab-Auszug

aus der Niederschrift des Vergabeausschusses am 01.09.2010

14. Antrag der SPD Fraktion vom 21.12.2009, die Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach zu ändern (0183/2010)

Da die Verwaltung selbst keine Bedenken hat, den ersten Teil des Beschlussvorschlages, der dem § 2 der Vergabeordnung der Stadt Neuss entspricht, umzusetzen, schlägt Herr Kühl vor, die Änderung der Vergabeordnung diesbezüglich umgehend einzuleiten. Darüber hinaus schlägt Herr Kühl vor, die Vertragsbedingungen um folgenden Passus zu ergänzen:
„Mit der Abgabe des Angebotes erklären die Bieter, dass sie die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten und keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit anbieten."

Sodann zitiert Herr Kühl verschiedene Rechtsauffassungen zur Frage der Berücksichtigung sozialer Kriterien im Unterschwellenbereich. Die Verwaltung nimmt diese Stellungnahmen zur Kenntnis und wird sie bei der weiteren Prüfung mit berücksichtigen.
Herr Kühl erklärt sich mit dem Verwaltungsvorschlag Nr. 2 hinsichtlich einer Arbeitsgruppe zur Einarbeitung sozialer und umweltbezogener Aspekte in die städtische Vergabeordnung grds. einverstanden. Es sollte möglich sein, diese - ohnehin an das neu geregelte Vergaberecht anzupassende - Vergabeordnung ohne weiteres Personal zu ändern.
Sodann verliest Herr Kühl als Alternative zum Verwaltungsvorschlag den 2. Teil seines Beschlussvorschlages:

„Im Zuge der derzeit ohnehin in Prüfung befindlichen Anpassung der Vergabeordnung an das zwischenzeitlich neu geregelte Vergaberecht wird die Verwaltung beauftragt, die Berücksichtigung weiterer sozialer und umweltbezogener Aspekte in diese Prüfung einzubeziehen. Zur Vermeidung größeren Arbeitsaufwandes wird empfohlen, sich dabei an bereits bestehenden Regelungen anderer Städte zu orientieren."

Angesichts der verschiedenen Rechtsauffassungen und der rechtlichen Zulässigkeit sei die CDU Fraktion auch mit einer Lösung einverstanden, die Einzelfallbeurteilungen zulässt und auf eine „Soll-Bestimmung" mit dem Zusatz „möglichst" hinausläuft.
Herr Kühl legt bereits jetzt Wert darauf, dass nach der entsprechenden Änderung der Vergabeordnung bei zukünftigen Vergaben gegenüber dem Ausschuss dokumentiert werde, inwieweit soziale und umweltbezogene Aspekte bei der Vergabeentscheidung berücksichtigt wurden.

Herr Hoffstadt teilt mit, dass die SPD Fraktion diesen Vorschlägen zustimmen werde, soweit keine zusätzlichen Personalkosten damit verbunden seien.

Auch Herr Schundau erklärt sich mit den Vorschlägen von Herrn Kühl einverstanden.

Sodann lässt Herr Pick über die Beschlussvorschläge der CDU Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

1.)

a.)
Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, in die Vergabeordnung folgenden Passus aufzunehmen:

„Alle Entscheidungen, die eine Vergabe zum Gegenstand haben, sind unter Beachtung der bundes-, landes-, und europarechtlichen Vergabebestimmungen in den jeweils gültigen Fassungen einschließlich der vorgeschriebenen Ausführungsregelungen zu treffen.
Hierzu gehört auch der ratifizierte internationale Sozialstandard zum Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit."

b.)
Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, in die Vertragsbedingungen folgende Erklärung aufzunehmen:
„Mit der Abgabe des Angebotes erklären die Bieter, dass sie die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten und keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit anbieten."

2.)

Im Zuge der derzeit ohnehin in Prüfung befindlichen Anpassung der Vergabeordnung an das zwischenzeitlich neu geregelte Vergaberecht wird die Verwaltung beauftragt, die Berücksichtigung weiterer sozialer und umweltbezogener Aspekte in diese Prüfung einzubeziehen. Zur Vermeidung größeren Arbeitsaufwandes wird empfohlen, sich dabei an bereits bestehenden Regelungen anderer Städte zu orientieren

Die Übereinstimmung des vorstehenden Auszuges mit der Urschrift bescheinigt:

Berg. Gladbach, den 06.09.2010

gez. Assmann
(Schriftführer)
FB 6-100